

Mit der Wahl von Rodrigo Duterte zum philippinischen Präsidenten im Mai 2016 verschlechterte sich die Menschenrechtslage im Land dramatisch. Tausende mutmaßliche Drogenabhängige und -händler wurden seitdem ermordet. Gleichzeitig bestehen langanhaltende, gravierende Menschenrechtsprobleme wie Morde an Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen weiter.



Menschenrechte in den Philippinen

Krieg gegen die Drogen

Während des Wahlkampfs hatte Duterte die Tötung Tausender mit dem Ziel angekündigt, die Drogenkriminalität im Land innerhalb von sechs Monaten ausmerzen zu wollen. Unmittelbar nach der Bekanntgabe seines Wahlsiegs stieg die Zahl extralegalen Hinrichtungen schlagartig an. Innerhalb eines Jahres wurden mindestens 7000, manche Quellen sprechen von deutlich über 10.000, solcher Tötungen gezählt. Die Morde im sogenannten Krieg gegen die Drogen haben damit eine solche Dimension erreicht, dass internationale Menschenrechtsorganisationen von möglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit sprechen. Die Opfer finden sich vor allem unter der Armutsbevölkerung der Großstädte. Mehr als 3.500 der Tötungen geschahen im Zuge von Polizeioperationen. Bei diesen behauptet die Polizei in der Regel, das Opfer hätte sich gegen eine Festnahme gewehrt, ohne dafür aber Beweise vorzulegen. Noch höher liegt die Zahl der Morde, für die Polizei und Medien Bürgerwehren, sogenannte *vigilante groups*, verantwortlich machen. Mittlerweile liegen aber Beweise dafür vor, dass Polizisten für diese Morde bezahlt und auch Auftragskiller angeheuert wur-

den. Bis zu 300 US-Dollar sollen sie pro Mord verdient haben.

Trotzdem genießt Dutertes Krieg gegen die Drogen auch ein Jahr nach seinem Beginn weiterhin eine hohe Zustimmung im Land. Diese liegt auch in einem tiefen Misstrauen gegenüber dem Rechtsstaat begründet. Dutertes Anhänger, die neben seiner Heimat Mindanao vor allem in der Mittelschicht der urbanen Zentren zu finden sind, sehen im Vigilantismus einen Ersatz für formale rechtsstaatliche Verfahren und begrüßen, dass der Staat endlich für Recht und Ordnung sorgt – auf welchem Wege auch immer.

Wiedereinführung der Todesstrafe

Als Teil der Anti-Drogenkampagne kündigte die neue Regierung an, die Todesstrafe wieder einführen zu wollen. Zudem gibt es Pläne, das Strafmündigkeitsalter von 15 auf nur neun Jahre herabzusetzen. Zwei entsprechende Gesetzentwürfe wurden im Repräsentantenhaus als die beiden ersten legislativen Akte der neuen Regierung eingebracht. Die Erfahrungen mit der Todesstrafe vor ihrer Abschaffung in den Philippinen im Jahr 2006 und weltweit zeigen, dass diese kaum abschreckende Wirkung hat, aber oft ungerecht angewendet und vor allem gegen Arme verhängt wird. Die Absenkung des Strafmündigkeitsalters würde schon sehr

junge Kinder den katastrophalen Bedingungen aussetzen, die in philippinischen Gefängnissen herrschen und die zu den schlimmsten in Asien zählen. Schon heute werden jugendliche Gefangene Opfer von Folter und physischem, psychischem und sexuellem Missbrauch. Nach großen Protesten in den Philippinen und weltweit ist die Verabschiedung beider Gesetze gegenwärtig aber unsicher. Zwar hatte das Repräsentantenhaus der Wiedereinführung der Todesstrafe mit großer Mehrheit zugestimmt, im Senat fand sich aber keine Mehrheit dafür.

Kriegsrecht in Mindanao

Ende Mai 2017 verhängte Duterte – zunächst für 60 Tage – das Kriegsrecht über die Insel Mindanao, nachdem islamistische Gruppen die Stadt Marawi City übernommen hatten. Das Kriegsrecht wurde über ganz Mindanao verhängt, obwohl die Kämpfe lokal begrenzt waren. Nachdem mehrere Klagen dagegen vor dem Obersten Gerichtshof scheitern, verlängert es der Kongress bis Ende 2017. Duterte erklärte, das Kriegsrecht genauso harsch anwenden zu wollen wie in der Zeit unter Marcos und hat auch eine Ausweitung auf das ganze Land nicht ausgeschlossen. Der damalige Präsident Ferdinand Marcos hatte im September 1972 das Kriegsrecht ausgerufen, um den kommunistischen Aufstand effektiver bekämpfen zu können. Gleichzeitig nutzte er die neue Machtfülle, um politische Widersacher auszuschalten. Tausende Regimekritiker wurden in den folgenden Jahren verhaftet, gefoltert und umgebracht. Zwar beklagen einige NGOs Menschenrechtsverletzungen unter dem Kriegsrecht. Diese scheinen aber nicht wesentlich darüber hinauszugehen, was aus Mindanao in den letzten Jahren berichtet wurde. Dies bestätigt aber eher die Einschätzung, dass Mindanao de facto seit längerem bereits unter Kriegsrecht stand, als dass es dieses rechtfertigt.

Menschenrechtsverteidiger*innen

Zwischen Mai 2012 und September 2016 wurden mindestens 147 Menschenrechtsverteidiger*innen und 23 Journalist*innen ermordet. Damit sind die Philippinen weiterhin eines der gefährlichsten Länder der Welt für Menschen, die für ihre Rechte eintreten und die Mächtigen kritisieren. Besonders bedroht sind Landrechtsverteidiger*innen, die sich z.B. für die Umverteilung von Agrarland einsetzen oder gegen Bergbauprojekte kämpfen, die in den Philippinen oft mit massiven Umweltverschmutzungen einhergehen. Weil solche Projekte besonders oft die Ahnengebiete von Indigenen bedrohen, finden sich unter den Ermordeten besonders viele Angehörige der über 100 indigenen Bevölkerungsgruppen. Weiterhin werden auch die Mitglieder von Gruppen, die das Militär für Tarnorganisationen der kommunistischen Rebellen der New People's Army (NPA) erklärt, besonders häufig Opfer von Morden. In einer Mehrheit der Fälle werden Mitglieder staatlicher Sicherheitskräfte und mit diesen kooperierende paramilitärische Verbände für die Morde verantwortlich gemacht. Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen sind auch durch systematische Kriminalisierung bedroht, hinter der oft Mitglieder der Sicherheitskräfte aber auch private Akteure stecken.

Neben der massiven Tötungskampagne im sogenannten Krieg gegen die Drogen geraten unter Duterte auch das ohnehin schwache demokratische System und die Zivilgesellschaft noch weiter unter Druck. Mit Senatorin Leila De Lima wurde Duteretes wichtigste politische Konkurrentin unter höchstwahrscheinlich falschen Anschuldigungen verhaftet. Mehrfach hat der Präsident auch Menschenrechtsaktivist*innen und Medien bedroht. Philippinische Menschenrechtsorganisationen berichten, dass sie verstärkt überwacht und vor allem in sozialen Medien bedroht werden.

Quellen / Weiterführende Literatur:

- Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (2017): *Menschenrechtsbericht Philippinen*, Köln
- Amnesty International (2017): *“If you are poor you are killed”. Extrajudicial Executions in the Philippines’ “War on Drugs”*, London
- Johannes Icking (2017): *Dutertes Drogenkrieg. Staatsterror gegen die Armen*, Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2017

Herausgeber:

Aktionsbündnis Menschenrechte - Philippinen
Hohenzollernring 52, 50672 Köln
www.amp.ngo

in Verbindung mit:
Ökumenische Philippinen Konferenz
c/o Karl Schönberg
Bernhardstr. 153a, 50968 Köln